

Polizisten müssen bei Angriffen konsequent Anzeige erstatten

2018 ist die Zahl der gewalttätigen Angriffe auf Polizisten erneut gestiegen. Auf 9308 Fälle allein in NRW, bundesweit gab es sogar mehr als 38 000 Angriffe. Trotz des im vergangenen Jahr eingeführten § 114 Strafgesetzbuch (StGB). Um diesen Trend endlich zu stoppen, müssen die Gerichte das neue Strafrecht konsequent anwenden. Und die Polizisten müssen jeden Angriff zur Anzeige bringen, denn sonst können Gerichte und Staatsanwälte nicht handeln. Dafür hat die GdP Anfang Juli auf einem Forum über neue Wege gegen Gewalt gegen Polizisten geworben.

Dass ein Angriff nur dann verfolgt werden kann, wenn er zur Anzeige gebracht wird, wissen die betroffenen Kolleginnen und Kollegen natürlich, aber häufig fehlt es bei der Schilderung des Vorgangs gegenüber der eigenen Behörde das entscheidende Kreuzchen bei der Erklärung „Ich erstatte Strafantrag“. Oft geschieht das aus reiner Vergesslichkeit. Vielen ist aber auch die Erstattung einer Anzeige zu lästig, weil sie ohnehin davon ausgehen,

dass das Verfahren nicht zu einer Bestrafung des Täters führen wird. Doch das hat sich inzwischen geändert.

„Ich stelle kein Verfahren ein, wenn Polizisten oder Rettungssanitäter angegriffen worden sind“, sagte auf dem GdP-Forum die Düsseldorfer Staatsanwältin Britta Zur. Nur bei schweren psychischen Störungen des Täters macht die Düsseldorfer Staatsanwältin eine Ausnahme. Zur leitet seit September vergangenen Jahres bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf ein Sonderdezernat für Angriffe auf Personen mit öffentlichen Aufgaben. Vergleichbare Sonderdezernate gibt es inzwischen auch in Köln und Aachen. In den ersten fünf Monaten hat Zur zusammen mit ihren inzwischen drei Kollegen bereits 518 Strafverfahren wegen Angriffen auf Amtsträger

eingeleitet. Das Strafmaß hängt von der Schwere der Tat ab. Bei drastischen sexuellen oder rassistischen Beleidigungen ist ein komplettes Monatsgehalt fällig.



Unterstützung erhält Zur bei ihrer harten Linie nicht nur von Justizminister Peter Biesenbach (CDU), sondern auch von ihrem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Leitenden Oberstaatsanwalt Falk Schnabel.

Schnabel wies auf dem GdP-Forum darauf hin, dass mit dem neuen § 114 StGB die ganze Auseinandersetzung vor Gericht, ob sich der angegriffene Beamte bereits in der Vollstreckungshandlung befunden hat oder nicht, hinfällig geworden ist. „Das ist eine Reform, die auch von der Justiz sehr

gegrüßt worden ist“, sagte er. Zudem machten beide Juristen darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, dass nicht nur der angegriffene Beamte Strafanzeige erstattet, sondern auch seine Behörde. „Wenn die Anzeige von einer Behörde gestellt worden ist, kann das Gericht das Verfahren nicht einstellen, ohne der Staatsanwaltschaft vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben“, erläuterte Zur auf dem GdP-Forum.

In vielen Behörden ist das bereits Praxis. Der Leiter der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz im Polizeipräsidium Düsseldorf, Dietmar Henning, berichtete auf dem Forum, dass seine Behörde in 99 Prozent aller Fälle einen Strafantrag stellt.



Eine breite Diskussion hat auf dem Forum auch die Frage eingenommen, was die Polizei selber tun kann, um die Übergriffe auf die Polizisten möglichst schon im Vorfeld zu verhindern. Der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Heiko Müller und seine Vorstandskollegin Meike to Baben hatten

deshalb auf dem Forum noch einmal an die langjährige Forderung der GdP erinnert, den Wach- und Wechseldienst mit Bodycam und Taser auszurüsten. Während die Ausstattung mit einer Bodycam inzwischen offenbar kurz bevorsteht, hakt es beim Taser noch gewaltig.

Nur wenige Tage vor dem Forum hatte die Rheinische Post berichtet, dass Innenminister Herbert Reul (CDU) die Einführung des Tasers wegen fehlender Finanzmittel auf unabsehbare Zeit verschieben will. Die GdP hatte das scharf kritisiert. „Bereits die Androhung des Tasers wirkt abschreckend. Deshalb haben wir kein Verständnis dafür, dass der Innenminister den Taser auf unbestimmte Zeit verschieben will“, sagte Heiko Müller. Meike to Baben, die im geschäftsführenden Lan-

desbezirksvorstand für den Wach- und Wechseldienst zuständig ist, erinnert zudem daran, dass viele Einsätze ohne den Taser nur durch massive körperliche Gewalt gelöst werden können. „Deshalb ist die Einführung des Tasers mehr als überfällig“, sagte sie.

Eine Erkenntnis, die inzwischen offenbar auch der Innenminister nicht mehr ganz ignorieren kann: „Der Taser sei keinesfalls vom Tisch. Innenminister Reul habe stets betont, an der Einführung grund-



sätzlich festzuhalten“, sagte unmittelbar nach dem GdP-Forum ein Sprecher des Innenministers gegenüber der Nachrichtenagentur dpa.

Der Widerstand im Ministerium ist noch immer groß. Aber das ist kein Argument gegen den Taser!



Wer sich hinter den Kulissen des Innenministeriums umhört, merkt sofort, beim Taser wird gemauert. Massiv sogar! Zwar hat Innenminister Herbert Reul sofort einen Rückzieher gemacht, nachdem die Rheinische Post Anfang Juli aufgedeckt hatte, dass er sich wegen angeblich fehlender Finanzen heimlich aus dem Taser zurückziehen will, doch das Dementi von Reul war nur zaghaft. Und es kam nicht von ihm selbst, sondern nur über einen seiner Sprecher.

„Der Taser sei keinesfalls vom Tisch“, ließ Reul öffentlich ausrichten. Der Innenminister habe stets betont, an dessen Einführung grundsätzlich festzuhalten, schob sein Sprecher laut der Nachrichtenagentur dpa nach. Eine Kurskorrektur, die auch auf den öffentlichen Druck zurückzuführen ist, den die GdP unmittelbar nach Bekanntwerden der geplanten heimlichen Beerdigung des Tasers entfacht hat. Trotzdem: Ein Bekenntnis zum Taser sieht anders aus!

Auch die GdP hat lange intern diskutiert, ob der Taser hilft, die wachsende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten einzudämmen. Und über die Frage, in welchen Situationen der Taser-Einsatz sinnvoll ist. Am Ende stand die klare Erkenntnis: Am Taser führt kein Weg vorbei! Er ist in vielen Situationen das deutlich mildere Mittel körperlicher Gewalt. Und die Erkenntnis, dass schon das Vorzeigen des Tasers wirkt. Deshalb war es klug, dass sich CDU und FDP im Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, dass es auch in NRW einen Pilotversuch zu der Frage geben soll, in welchen Einsatzsituationen und unter welchen Rahmenbedingungen ein Taser-Einsatz sinnvoll ist. Und es war klug, den Taser in das neue Polizeigesetz reinzuschreiben.

Warum das jetzt alles plötzlich nicht mehr gelten soll, hat Reul bislang nicht erklärt. An den Finanzen jedenfalls kann es nicht liegen. Denn die sprudeln nach wie vor kräftig. Allein im kommenden Jahr steigen die Steuereinnahmen in NRW um 3,8 Milliarden Euro. Davon muss auch die Polizei profitieren! Auch an dem angeblich viel zu hohem Trainingsaufwand, dem zweiten, von den Ministerialbeamten gern ins Spiel gebrachten Argument, kann es nicht liegen. Denn alle Experten wissen: So hoch ist der Trainingsaufwand nicht, von einer kurzen Einführungsphase vielleicht abgesehen.

Deshalb wird es Zeit, dass Reul beim Taser endlich Farbe bekennt! Dass er der politischen Absichtserklärung der beiden Koalitionsparteien, einen Probelauf zum Taser-Einsatz zu starten, endlich Taten folgen lässt, statt sich länger von einigen Ministerialbeamten auf der Nase herumtanzen zu lassen!

Michael Mertens,
Landesvorsitzender



Polizei muss Macht der Bilder nutzen

Den fast 50 000 Menschen, die Ende Juni im rheinischen Braunkohlerevier mehrere Tage lang für einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle demonstriert haben, hatte die Aachener Polizei viel Platz für ihren friedlichen Protest gelassen. Die Stimmung war ausgelassen und hatte schon fast Festivalcharakter. Trotzdem wurden die vor Ort eingesetzten Polizisten im Nachhinein mit dem Vorwurf konfrontiert, sie hätten mit unverhältnismäßiger Härte versucht, ein gewaltsames Vordringen von Anhängern des linken Aktionsbündnisses Ende Gelände in den Tagebau zu verhindern. Die GdP hat die Vorwürfe von Ende Gelände unverzüglich zurückgewiesen. Mitte Juli hat sie einen Videomitschnitt des Innenministeriums auf ihren Facebook-Kanal eingestellt, der zeigt, wie Anhänger von Ende Gelände mehrere Polizeiketten überrennen und dabei etliche Kolleginnen und Kollegen verletzen. Das Video wurde allein in den ersten drei Tagen nach seiner Veröffentlichung mehr als 100 000-mal angeklickt.



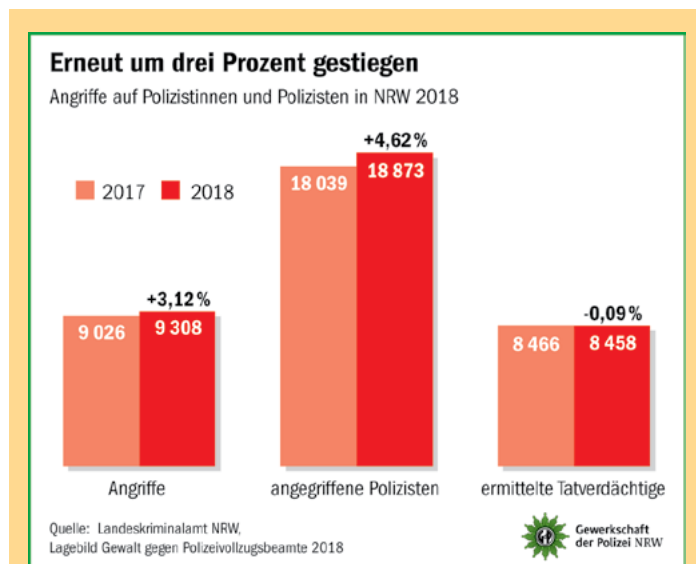
„In politischen Auseinandersetzungen muss sich die Polizei neutral verhalten. Sie darf sich weder für die politischen Ziele der Regierung oder von großen Unternehmen missbrauchen lassen, noch darf sie bei Straftaten oder bei drohender Gefahr für Leib und Leben von Demonstrationsteilnehmern einfach wegschauen, nur weil das politische Ziel der Demonstranten in der Öffentlichkeit

auf eine breite Unterstützung stößt“, hatte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens am Rande der Demonstrationen der Klimagegner immer wieder betont.

Das Konzept der Aachener Polizei, den Braunkohlegegnern viel Platz für ihren friedlichen Protest zu lassen, hat die GdP deshalb ausdrücklich gelobt, auch wenn sie mit ihrem defensiven Einsatzkonzept am Ende nicht verhindern

eines Werksgeländes durch die Versammlungs- oder Meinungsfreiheit nicht gedeckt ist. Hinzu kommt, dass die Abbruchkanten des Braunkohlletagebaus bis zu 40 Meter hoch sind und jederzeit wegrutschen können. „Wer sich dort hineinbegibt, bringt sich und andere in Lebensgefahr. Das ist verantwortungslos“, sagte Mertens. Deshalb war es richtig, dass die Polizisten versucht haben, die Demonstranten am Betreten des Abbaugeländes zu hindern.

Die Entscheidung von Innenminister Herbert Reul (CDU), die Videoaufnahmen vom gewaltsamen Eindringen von Mitgliedern des Aktionsbündnisses Ende Gelände in den Tagebau dem Innenausschuss vorzulegen und sie damit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist aus Sicht der GdP absolut folgerichtig. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in der Öffentlichkeit nur Videoaufnahmen der Aktivisten von Ende Gelände bekannt. „Diese kurzen Aufnahmen zeigen aber nie die ganze Wahrheit“, sagte Mertens gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. „Die Menschen haben ein Recht, sich selber ein vollständiges Bild zu machen.“ In den Videoaufnahmen der Polizei ist zu sehen, wie militante Braunkohlegegner gewaltsam Polizeiketten überrennen und dabei zum Teil nach bereits auf dem Boden liegenden Polizisten treten.



Trotz des neuen § 114 StGB sind im vergangenen Jahr in NRW erneut mehr Polizisten Opfer von gewalttätigen Angriffen geworden: Die Zahl aller Angriffe stieg um 3,12 Prozent auf 9 308 Fälle. Die Zahl der Polizisten, die Opfer der Angriffe waren, stieg sogar um 4,62 Prozent auf 18 873 betroffene Polizistinnen und Polizisten.



Nachersatz: 2019 wird erneut ein schwieriges Jahr

Trotz gestiegener Einstellungszahlen wird 2019 für viele Polizeibehörden erneut ein schwieriges Jahr. Der Grund: Von den 1920 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, die vor drei Jahren von der damaligen rot-grünen Landesregierung eingestellt worden sind, werden bis Ende August voraussichtlich 1593 ihr dreijähriges Bachelorstudium erfolgreich abschließen. Ihnen stehen 1744 Pensionierungen gegenüber. 2019 stehen dadurch in NRW 151 Polizisten weniger zur Verfügung als im Jahr zuvor.

Hinzu kommt, dass bei den drei Landesoberbehörden der Polizei, dem LKA, dem LZPD und dem LAFF, für verschiedene Projekte wie der Bekämpfung von Sexualstraftatdelikten, aber auch für mehr Lehrende für die Ausbildung der zusätzlichen Kommissaranwärter sowie für den Aufbau der zusätzlichen Einsatzzüge und der neuen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) weitere 76 Stellen benötigt werden.

Auch aus Sicht der GdP sind die zusätzlichen Stellen bei den Landesoberbehörden und für die BPH und BFEs erforderlich. Die Zahl der Polizisten, die zum 1. September über die BKV und den Nachersatzquotenerlass den 47 Kreispolizeibehörden zugewiesen werden kann, sinkt dadurch aber noch stärker unter den tatsächlichen Bedarf. Am härtesten trifft es in diesem Jahr das Polizeipräsidium Bochum, das laut BKV im Beamtenbereich ein

Minus von 25 Stellen verkräften muss. Gefolgt von Düsseldorf (- 15,5 Stellen), Recklinghausen (- 13,4 Stellen), Essen (- 12,3 Stellen), Duisburg (- 8,9 Stellen) Bonn (- 7,4 Stellen), Märkischer Kreis (- 6, 8 Stellen), Bielefeld (- 6,8 Stellen) und Wesel (- 6,4 Stellen). In etlichen Kreispolizeibehörden gibt es in diesem Jahr allerdings zumindest ein kleines Plus von ein oder zwei zusätzlichen Polizeivollzugsbeamten – trotz des insgesamt deutlich zu geringen Verteilpotenzials für den Nachersatz.

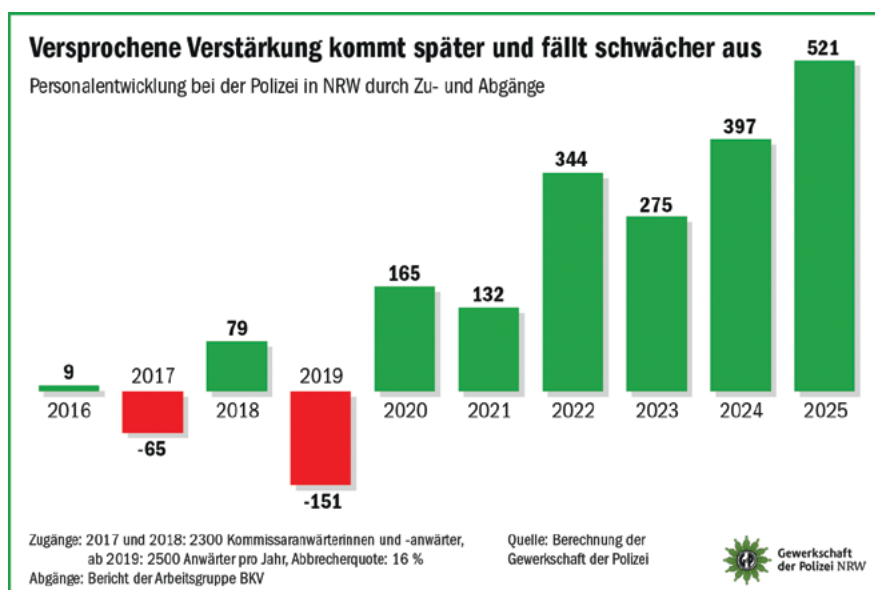
In den beiden Polizeibehörden, in denen die neuen Einsatzzüge und BFEs angesiedelt werden, ist das Plus sogar deutlich höher. Das Polizeipräsidium Wuppertal bekommt 43,9 Stellen mehr, in Dortmund sind es 28,7 Stellen.

Hinzu kommt, dass das Land in diesem und im vergangenen Jahr jeweils 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen hat, die Polizei-

vollzugsbeamte in einzelnen Arbeitsbereichen entlasten sollen, indem sie deren bisherige Arbeit übernehmen. Das gilt zum Beispiel für IT-Forensiker für die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität, für Logistik-Experten, die bei der Vorbereitung von Großeinsätzen tätig werden, oder von Journalisten, die in den Pressestellen der Behörden mitarbeiten sollen. Köln bekommt alleine in diesem Jahr 52,8 zusätzliche Stellen im Tarifbereich. In Dortmund sind es 39,7 zusätzliche Stellen, in Düsseldorf 39,1 Stellen und in Wuppertal in 30,1 Stellen. Selbst die kleinste Polizeibehörde in NRW, die KP Bielefeld, bekommt in diesem Jahr 2,5 zusätzliche Tarifbeschäftigte. Rechnet man diese Stellen hinzu, bleibt das Polizeipräsidium Bochum über, das in diesem Jahr mit einem Minus von 7,4 Stellen zurecht kommen muss.

Trotzdem stellt die BKV 2019 die Polizeibehörden in NRW vor enorme Herausforderungen, weil die personellen Lücken, die in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten in die Polizei geschlagen worden sind, auch 2019 nicht geschlossen werden können. Die längst überfällige Verstärkung des Ermittlungsdienstes, um von den viel zu hohen Fallzahlen runterzukommen, oder die Ausbildung von Experten im Verkehrsbereich, die die sträflich vernachlässigten Kontrollen des Schwerlastverkehrs wiederbeleben könnten, bleiben unter diesen Voraussetzungen Zukunftsmusik. Und dringenden Mehrbedarf gibt es nicht nur dort.

Aber erst ab 2020 wird sich an der personellen Unterbesetzung der Polizei etwas ändern. Und auch das nur nach und nach. 2020 stehen in NRW voraussichtlich 165 Nachwuchspolizisten mehr zur Verfügung, als gleichzeitig ältere Beamte in Ruhestand gehen. 2021 soll das Plus bei 132 Polizisten liegen, 2022 bei 344. Und das auch nur dann, wenn die Abbrecherquote bei den Kommissaranwärtern nicht über die jetzt schon erreichten 16 Prozent weiter steigt.



Statt 12 Prozent brechen inzwischen 16 Prozent aller Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre Ausbildung bei der Polizei vorzeitig ab oder scheitern an den Anforderungen des Studiengangs. Bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2022 stehen dem Land deshalb nur 461 zusätzliche Polizisten zur Verfügung, statt der bislang erwarteten 900 zusätzlichen Beamten. In diesem Jahr müssen die Behörden sogar mit 151 Polizisten weniger auskommen.



Erhebliche Risiken für Vernehmer

Ab Januar muss wegen einer Änderung der Strafprozessordnung (StPO) bei einem Tötungsdelikt bereits bei den ersten Vernehmungen eines Beschuldigten ein Videomitschnitt erstellt werden. Das gilt auch, wenn der Tatverdächtige noch keine 18 Jahre alt ist. Für die Polizei bedeutet die neue Verpflichtung einen deutlichen Anstieg der Videovernehmungen. Bislang ist die Polizei in NRW darauf aber nicht vorbereitet. Weder stehen in den Dienststellen genügend für Videomitschnitte geeignete Verhörräume zur Verfügung, noch eine ausreichende Zahl von Kameras. Die GdP hat deshalb Innenminister Herbert Reul (CDU) Mitte Juli aufgefordert, dringend dafür zu sorgen, dass die entsprechende Technik und die für die Vernehmungen notwendigen Räume kurzfristig in den Polizeibehörden eingerichtet werden, weil sonst nach dem 31. Dezember viele Vernehmungen nicht mehr stattfinden können.

Zudem befürchtet die GdP, dass die neue Bestimmung nicht nur dem Ziel dient, dem Richter in der Hauptversammlung ein besseres Bild von der ersten Einvernahme von Beschuldigten zu ermöglichen, sondern dass das neue Schutzrecht von den Beschuldigten auch missbraucht werden kann, um die Ermittler gezielt unter Druck zu setzen. „Wir haben die große Sorge, dass die Videoaufnahme über die Anwälte der Beschuldigten in die Sozialen Netzwerke geraten können. Das kann zum Beispiel im Bereich der Clankriminalität dazu führen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen identifiziert und öffentlich massiv angegangen werden“, warnte GdP-Vorstandsmitglied Frank Schniedermeier gegenüber dem Internetportal von T-Online. Die GdP erwartet deshalb, dass die Bundesregierung umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür schafft, dass die Gesichter der vernehmenden Kripobeamen verpixelt werden können, bevor das Video von der Polizei weitergegeben wird.

DREI FRAGEN AN:

Marie Christin Horstkamp, neue PHJAV-Vorsitzende

Am 21. Juni hat sich die neu gewählte Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV) zu ihrer konstituierenden Sitzung im Innenministerium getroffen. Zur neuen Vorsitzenden wurde die GdP-Spitzenkandidatin Marie Christin Horstkamp (22) gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Max Rojahn an, der aus Altersgründen nicht mehr kandidiert hat. Zur Stellvertreterin wählte die aus insgesamt fünf Mitgliedern bestehende PHJAV Lina Marie Neuberg. Auch die weiteren ständigen Mitglieder Yusra Altun, Christopher Heuts, David Komolafe und ihre Vertreterinnen und Vertreter Selina Braun, Beatrice Dardenne, Lisa Göbel, Ahmet Caglar und Milad Schams kommen aus der GdP.

Das neu gewählte Team hat das Ruder von den bisherigen PHJAV-Mitgliedern am 1. Juli übernommen und vertritt in den kommenden zwei Jahren die Interessen von über 6000 Auszubildenden und Studierenden bei der Polizei.

lichen JAV in Duisburg und habe dort mein Interesse an der Arbeit von und für junge Leute entdeckt. Das will ich jetzt auf die Landesebene ausweiten.“

Welche Ziele und Schwerpunkte sind für dich besonders wichtig?

Unser erstes Ziel wird auch in diesem Jahr die Tauschbörse für den Abschlussjahrgang sein. Wir wollen so viele Kolleginnen und Kollegen wie möglich zufriedenstellen und sie bei ihrem Start in das neue Berufsleben unterstützen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen. Deshalb werden wir uns in der nächsten Zeit intensiv mit den einzelnen Problemen der Ausbildungsstandorte auseinandersetzen.

Wie willst du diese Ziele konkret erreichen?

„Unsere Forderungen können wir nur gemeinsam erreichen. Als PHJAV sehen wir uns als Team. Junge Leute, die sich für die Belange junger Leute einsetzen.“

Warum hast du dich für den PHJAV-Vorsitz beworben?

„In der vorangegangenen Wahlperiode war ich bereits Mitglied der ört-



Marie Christin Horstkamp (Mitte) ist neue PHJAV-Vorsitzende. Lina Marie Neuberg (links) ist zur stellv. Vorsitzenden gewählt worden. Christopher Heuts (rechts) wurde bereits zum zweiten Mal in die PHJAV gewählt.



Untersuchungsausschuss soll erneutes Behördenversagen verhindern

Sechs Monate nach dem Bekanntwerden des Missbrauchsskandals von Lügde haben CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Ende Juni gemeinsam einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PAU) auf den Weg gebracht, der der Frage nachgehen soll, wie ein vergleichbares Behördenversagen in Zukunft verhindert werden kann. Zu den Themenkomplexen, die der Ausschuss in den kommenden Monaten genauer unter die Lupe nehmen will, gehört vor allem die Frage, ob es nach dem Auftauchen von ersten Hinweisen auf den Missbrauchsfall bei der Polizei und bei der Staatsan-

waltschaft zu möglichen Fehleinschätzungen, Versäumnissen und Unterlassungen gekommen ist. Dabei will der Ausschuss auch der Frage nachgehen, ob es bei der Polizei strukturelle Probleme (Personalausstattung, Aus- und Fortbildung, technische Ausstattung, behördliche Organisation etc.) oder Qualitätsdefizite in der kriminalpolitischen Sachbearbeitung gibt, die die Ermittlungen im Fall Lügde erschwert haben. In einem zweiten Themenkomplex will der Ausschuss außerdem das Handeln der zuständigen Jugendämter in Lippe und in Hameln-Pyrmont genauer in den Blick nehmen.

Bereits Ende Mai hatte sich die Bobsch-Kommission, der auch der GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens angehört, zum Fall Lügde geäußert. Zu den sieben Schlussfolgerungen, die die Kommission aus dem Missbrauchsskandal gezogen hat, gehört nicht nur

die Forderung nach einer besseren personellen Ausstattung der Jugendämter, sondern auch eine intensivere Zusammenarbeit von Polizei und Jugendhilfe beim Vorliegen eines konkreten Missbrauchsverdachts. Dazu müssen die Datenschutzvorschriften des Bundes entsprechend angepasst werden. Um die Belastungen der meist sehr jungen Opfer während des Ermittlungsverfahrens möglichst gering zu halten, fordert die Kommission außerdem die Einsetzung speziell geschulter Ermittlungsrichter und die Dokumentation der Aussagen durch Videoaufnahmen. Dadurch kann eine sonst notwendige Mehrfachbefragung der Opfer im späteren Strafverfahren vermieden werden. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses ist der frühere Kölner DGB-Vorsitzende und heutige Landtagsabgeordnete Andreas Kossiski (SPD).



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe ist der 6. August 2019.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 60
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 4.8. Ursel Lapsien, Düsseldorf
- 17.8. Wilhelm Denecke, Moers
- 26.8. Günther Hahn, Wermelskirchen
- 28.8. Ursula Gedig, Dortmund
- Gertrud Ringhof, Köln
- 31.8. Renate Brede, Hilden

91. Geburtstag

- 4.8. Horst Schattenberg, Simmerath
- 5.8. Stephan Hübertz, Köln
- 7.8. Alfred Gerigk, Mettmann
- 12.8. Josef Keldenich, Aachen
- 15.8. Ferdinand Schüler, Gelsenkirchen
- 23.8. Else Kern, Bottrop
- 29.8. Georg Kauer, Xanten

92. Geburtstag

- 1.8. Hilde Quarz, Eitorf
- 8.8. Wilfried Wiechert, Meckenheim
- 11.8. Katharina Gorski, Bergisch Gladbach
- 21.8. Käthe Bollmann, Erkelenz

93. Geburtstag

- 3.8. Helga Beckers, Mönchengladbach
- 30.8. Kurt Schreiber, Bochum

94. Geburtstag

- 13.8. Alois Krause, Inden

95. Geburtstag

- 2.8. Ingeborg Büttgenbach, Düsseldorf
- 10.8. Lieselotte Keim, Gladbeck
- 15.8. Maria Zlender, Oberhausen

96. Geburtstag

- 2.8. Margarete Sperl, Ahlen

97. Geburtstag

- 6.8. Hans Quack, Wegberg
- 25.8. Magdalena Droll, Paderborn

98. Geburtstag

- 31.8. Anna-Maria Michl, Brühl

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.





Landesseniorenreise 2020

29. Februar - 14. März

SBH Monica Beach Resort ****

Costa Calma / Fuerteventura

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab verschiedenen deutschen Flughäfen
- Zug zum Flug Ticket in der 2.Klasse
- Transfer vom Flughafen zum Hotel und zurück
- 14 Übernachtungen im Doppelzimmer mit All Inclusive
- Begleitung durch den GdP-Reiseservice

**Frühbucherpreis pro Person
im Doppelzimmer ab/bis Düsseldorf
ab € 1.248,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an oder
besuchen Sie uns auf unserer Internetseite www.gdp-reiseservice.de.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de



GdP aktiv

17. 8., Sommerparty der Kreisgruppe Mettmann, ab 17 Uhr, Lounge Inn (SV Hilden-Ost), Franz-Hals-Weg 2 a, Hilden

29. 8., Blaulicht-Blutspendenaktion

der Kreisgruppe Mettmann, ab 11 Uhr, Dienstgebäude, Adalbert-Bach-Platz 1, Mettmann, unter der Schirmherrschaft des Landrats für den Kreis Mettmann, Thomas Hendele.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Unna

28. August, 15 Uhr, Sommergrillen für Senioren, Buxtorfhaus, Perthesstraße 8, 59174 Kamen. Anmeldung bis 23. August an bernhard.christmann@t-online.de oder Michael Schumacher, Tel. 01 57/79 68 84 12

Kreisgruppe Coesfeld

28. August, 14:30 Uhr, Grillnachmittag für Senioren, DRK-Heim, August-Schlüter-Straße 32, 48249 Dülmen. Anmeldung an Johannes Zimmermann, Tel. 0 25 41/7 29 63

Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im August erhalten einen Decathlon-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 37342, Siegburg
45 36002, Coesfeld
45 11384, Recklinghausen

Im September erhalten die Gewinner einen Douglas-Gutschein im Wert von 35 Euro.

Grenze von 5000 Facebook-Abschneidern geknackt!

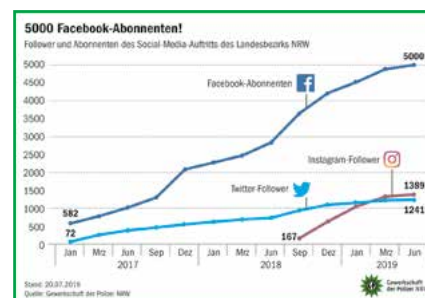
Anfang 2017 startete der Social-Media-Auftritt des Landesbezirks. Seitdem ist die GdP bei Facebook, Twitter und Youtube präsent. Im September 2018 wurde zudem unser Instagram-Kanal online geschaltet.

Die Social-Media-Kanäle sind seitdem in der gewerkschaftspolitischen Arbeit nicht mehr wegzudenken. Sie dienen vor allem der schnellen Kommunikation aktueller Ereignisse und Positionen des Landesbezirks gegenüber den eigenen Mitgliedern. Informationen zu aktuellen Themen und Aktionen lassen sich mit textbasierten Posts, Fotos oder Live-Videos erheblich schneller transportieren als über traditionelle Kommunikationswege wie E-Mail, Homepage oder Print-Produkte.

Zudem können die Nutzer unmittelbar mit dem Landesbezirk interagieren. Vor allem dem neuen Instagram-Kanal kommt beim Kontakt zu jungen Menschen, die sich für den Polizeiberuf interessieren und einen ersten, niedrigh-schweligen Zugang zur GdP suchen, eine zentrale Rolle zu. Ein weiterer Vorteil des Social-Media-Auftritts ist die Möglichkeit für die Mitglieder, Informationen zu aktuellen politischen Entscheidungen, Initiativen und Aktionen der GdP nicht nur mit anderen zu teilen, sondern sie auch unmittelbar zu kommentieren. Das erhöht die innergewerkschaftliche Demokratie!

Das zeigt sich auch an den Zahlen. Alleine auf der Facebook-Seite erreicht er über 31 000 Interaktionen pro Mo-

nat. Und im Juli ist die Abonnentenzahl auf über 5000 gestiegen!



Die Anzahl der Abonnenten und Follower des Landesbezirks wächst kontinuierlich. Bei Facebook und Instagram werden über 30 000, bei Twitter über 60 000 Nutzer pro Monat erreicht.

NACHRUFE

Johann Fuchs	31.12.1938	Aachen	Wolfgang Rösch	18.04.1940	Köln
Peter Vermeeren	22.06.1942	Aachen	Friedrich Sinzig	28.12.1932	Köln
Hans Joachim Kegel	14.08.1956	Bergisches Land	Heinrich Vosen	31.12.1937	Köln
Beate Wenke	04.05.1973	Bielefeld	Günter Riese	31.05.1948	Märkischer Kreis
Wolfgang Heimlich	11.05.1952	Bonn	Gerda Stark	02.01.1927	Minden-Lübbecke
Anneliese Scharf	30.04.1933	Bonn	Karl Dreßel	25.08.1934	Mönchengladbach
Georg Wittmann	14.09.1939	BZ Brühl	Lieselotte Nachtigall	28.11.1919	Oberhausen
Anna Maria Lehnen	21.07.1952	BZ Neuss	Anna Maria Hoffmann	18.04.1934	Paderborn
Manfred Pösse	14.03.1932	BZ Neuss	Antonius Roettgen	28.11.1941	Paderborn
Gerhard Kamps	08.03.1956	Duisburg	Margarete von der Ahe	20.06.1922	Paderborn
Ursula Welling	19.12.1919	Düsseldorf	Kerstin Dern	09.04.1966	Rhein-Erft-Kreis
Käthe Kortewille	20.01.1919	Essen/Mülheim	Uwe Lüßem	27.09.1960	Rhein-Erft-Kreis
Anne-Maria Schniering	10.03.1935	Gelsenkirchen	Oliver Quambusch	24.08.1960	Rhein-Erft-Kreis
Marie-Luise Gehrke	04.03.1920	Hagen	Wolfgang Klute	18.01.1944	Soest
Helmuth Freybott	03.06.1930	Herford			

